

11.42

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne) *(zur Geschäftsbehandlung)*: Frau Präsidentin! Ich möchte hier an alle Mandatäre und Mandatarinnen, die sich heute hier und auch generell zu Wort melden, appellieren, ihre Wortwahl mit Bedacht zu treffen. Wenn wir hier über Antigendern oder über Gendern sprechen und Mandatar Kainz von der FPÖ sich bemüßigt fühlt, in diesem Kontext von Vergewaltigungen zu sprechen, dann ist das einfach eine Verhöhnung von all jenen, die tatsächlich vergewaltigt worden sind. *(Beifall bei Grünen, SPÖ und Abgeordneten der ÖVP. – Abg. Amesbauer: Ja, genau!)*

Wir kennen die Zahlen dazu, laut Befragungen ist jede dritte Frau in Österreich von sexualisierter Gewalt betroffen, 7 Prozent der Frauen in Österreich sind schon einmal vergewaltigt worden. *(Abg. Amesbauer: Das ist ja keine Geschäftsordnungsmeldung! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* 9 Prozent berichten von versuchten Vergewaltigungen, und das, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sollte uns alle hier noch einmal dazu auffordern, unsere Wortwahl mit Bedacht zu treffen, auch damit es der Würde des Hohes Hauses entspricht. *(Beifall bei Grünen und SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP. – Ruf bei der FPÖ: Sprachpolizei!)*

11.43

Präsidentin Doris Bures: Das war natürlich Teil einer sicher notwendigen und richtigen politischen Debatte, nicht Teil einer Geschäftsordnungswortmeldung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich frage aber natürlich, ob es zur Geschäftsbehandlung noch eine Wortmeldung gibt. Das ist nicht der Fall.